

6159/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Scheibner, Dr. Krüger und Kollegen haben am 16. Juni 1999 unter der Nr. 6419/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Zusagen der privaten Mobiltelekommunikations - betreiber gegenüber der Bundesregierung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

Dazu verweise ich auf die Ausführungen der Frau Bundesministerin für Frauen - angelegenheiten und Verbraucherschutz zu der an sie gerichteten parlamentarischen Anfrage Nr. 6421/J.

Zu Frage 6:

Anläßlich der Beschußfassung über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Telekommunikationsgesetz 1997 geändert wird (2. TKG - Novelle), wurde auch vereinbart, daß der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr

an die Landeshauptleute mit dem Ersuchen herantreten wird, in landesgesetz - lichen Regelungen eine angemessene Parteistellung der Interessen der Nach - barn bei der Errichtung von Telekommunikationsanlagen vorzusehen. Ein ent - sprechender Entschließungsantrag wurde auch bei der Beschußfassung im Nationalrat angenommen.

Zu Frage 7:

Wie ich bereits zu Frage 6 ausgeführt habe, sollte der Regierungsbeschuß vom 29. Oktober 1998 sehr wohl zu einer Verbesserung der Stellung der Anrainer führen. Im übrigen hat die gegenständliche Novelle des Telekom - munikationsgesetzes durch die Schaffung der Möglichkeit einer Mehrfach - nutzung bestehender Sendeinfrastruktur bereits zu einer Verbesserung der Situation der betroffenen Bevölkerung geführt.

Zu Frage 8:

Ich gehe davon aus, daß sich jedes Mitglied der Bundesregierung bei der Beschußfassung über eine Regierungsvorlage vom gebotenen Ausgleich widerstreitender Interessen leiten läßt.